



STADTPARLAMENT

Politische Gemeinde Arbon

Protokoll

29. Sitzung der Legislatur 2011-2015

Dienstag, 17. März 2015, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz: Parlamentspräsidentin Christine Schuhwerk

Anwesend Stadtparlament: 27 Mitglieder

Entschuldigt: Abegglen Inge, SP-Gewerkschaften-Juso Privat
Auer Jacob, SP-Gewerkschaften-Juso Beruf
Sutter Heer Silke, FDP Krank

Anwesend Stadtrat: Balg Andreas, FDP, Hug Patrick, CVP, Stäheli Reto, CVP,
Züllig Hans-Ulrich, FDP

Entschuldigt: Stadtrat Brühwiler Konrad, SVP

Protokoll: Evelyne Jung, Parlamentssekretärin

Traktanden

29/ 1. Mitteilungen

29/ 2. Verkauf Liegenschaft Rebenstrasse 33, Parzelle Nr. 2236 (Sonnenblumenhaus und Garagenplätze Seilerstrasse) - Grundsatzentscheid
Eintreten, Diskussion, Beschlussfassung

29/ 3. Antrag Stadtrat „Schaffung einer Fachkommission Verkehr“
Diskussion, Beschlussfassung

~~29/ 4. Bericht aus der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK) Subkommission zur Leistungsvereinbarung Soziale Dienste~~

~~29/ 5. Verabschiedungen von Parlamentsmitgliedern~~

29/ 4. Fragerunde

29/ 5. Informationen aus dem Stadtrat

Präsidentin Christine Schuhwerk: Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder und Stadtratsmitglieder. Ich begrüsse sie zur 29. Parlamentssitzung der Legislatur 2011 – 2015, der letzten Sitzung der dritten Legislatur des Arboner Stadtparlaments. Speziell begrüssen möchte ich die Klasse von Herrn Schönenberger von der Reben 4. Er wird ein paar Fotos vom Parlamentsbetrieb und einen Bericht für die Schülerzeitung machen.

Namensaufruf

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin Evelyne Jung.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Es sind 27 Parlamentsmitglieder anwesend. Entschuldigt hat sich Inge Abegglen, entschuldigt aus beruflichen Gründen Auer Jacob, beide SP-Gewerkschaften-Juso und Krankheitshalber Silke Sutter Heer, FDP. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, das absolute Mehr beträgt 14 Stimmen. Stadtrat Konrad Brühwiler, SVP ist unterwegs und weiss noch nicht, wann er eintreffen wird.

Da Jakob Auer somit ausfällt als Stimmenzähler, hat sich Fabio Telatin von der SP-Gewerkschaften-Juso zur Verfügung gestellt.

://: **Fabio Telatin wird einstimmig bei eigener Stimmenthaltung für die heutige Parlamentssitzung als Stimmenzähler gewählt.**

Präsidentin Christine Schuhwerk: Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Ich stelle Antrag, das Traktandum 5 zu streichen und an der nächsten Sitzung, der Wahlsitzung, zu traktandieren. Die nächste Parlamentssitzung würde somit aus 2 Teilen bestehen.

- Teil eins: Normaler Ablauf mit den Traktanden Mitteilungen und Verabschiedungen.
- Dann eine kurze Pause.
- Teil zwei: Anschliessend nehmen die neuen Mitglieder ihren Platz ein und der Alterspräsident eröffnet die Wahlsitzung. Die konstituierende Sitzung beginnt.

Ich stelle diesen Antrag zur Diskussion.

://: **Dem Antrag der Parlamentspräsidentin Christine Schuhwerk, das Traktandum 5 zu streichen, wird zugestimmt.**

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich stelle den Antrag, das Traktandum 4, den Bericht der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission, der Subkommission zur Leistungsvereinbarung Soziale Dienste, zu streichen und in das Traktandum 1 Mitteilungen zu integrieren.

Grund: Gemäss einem FGK-Beschluss informieren wir das Parlament jeweils unter dem Traktandum Mitteilungen über die Arbeit von Subkommissionen. Es handelt sich um einen reinen Tätigkeitsbericht, ähnlich wie der Bericht aus der EBK, und nicht um ein Traktandum im eigentlichen Sinne. Es liegt keine Botschaft oder ähnliches vor und es gibt auch nichts zu beschliessen.

://: **Der Antrag von Lukas Graf, Präsident der FGK, Streichung des Traktandums 4 und die Mitteilung aus der FGK unter Traktandum 1 zu integrieren, wird einstimmig angenommen.**

Die modifizierte Traktandenliste wird stillschweigend zur Kenntnis genommen.

Die Traktandenliste lautet neu:

1. Mitteilungen
2. Verkauf Liegenschaft Rebenstrasse 33, Parzelle Nr. 2236 (Sonnenblumenhaus und Garagenplätze Seilerstrasse) – Grundsatzentscheid
3. Antrag Stadtrat „Schaffung einer Fachkommission Verkehr“
4. Fragerunde
5. Informationen aus dem Stadtrat

1. Mitteilungen

Unterlagen

Sie haben folgende Unterlagen erhalten:

Per A-Post:

Mit Versand vom 24. Februar 2015

- Einladung mit Traktandenliste
- Kommissionsbericht „Verkauf Liegenschaft Rebenstrasse 33, Max-Burkhardt-Haus“

Den Bericht und Antrag des Stadtrats betreffend Verkehrskommission haben sie bereits mit Versand vom 27. Januar 2015 erhalten.

Per E-Mail am 9. März 2015

- Parlamentsprotokoll der 28. Sitzung vom 17. Februar 2015

Das Protokoll der letzten Parlamentssitzung ist seit dem 16. März 2015 im Internet aufgeschaltet und ist somit genehmigt.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro:

- Parlamentarische Vorstösse:

An der heutigen Sitzung sind keine Vorstösse eingereicht worden.

Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglement besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Ich bitte Hanspeter Belloni, Präsident der Einbürgerungskommission, um Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission.

Präsident Einbürgerungskommission Hanspeter Belloni: An der vorletzten Sitzung der EBK, in ihrer bisherigen Besetzung, wurden am 24. Februar 2015 folgende Einzelpersonen und Familien ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen:

- Collazzo Enza, 1971, italienische Staatsangehörige
- Dautaj Vlorë, 1988, kosovarische Staatsangehörige
- Dautaj Anduena, 2012, kosovarische Staatsangehörige
- Demirel Ebru, 1999, türkische Staatsangehörige
- Lucifero Carmela, 1975, italienische Staatsangehörige
- Skenderi Zenun, 1973, serbischer Staatsangehöriger
- Skenderi Bisera, 1977, serbische Staatsangehörige
- Skenderi Haris, 1998, serbischer Staatsangehöriger
- Skenderi Medin, 2005, serbischer Staatsangehöriger

Ich gratuliere diesen Personen zu dieser Aufnahme ins Arboner Bürgerrecht und wünsche ihnen weiterhin viel Glück und Zufriedenheit in unserer schönen Stadt am Bodensee.

An der letzten Sitzung, in alter Besetzung, werden wir heute in einer Woche über nachfolgende Gesuche entscheiden:

- Alija Irmel, 1997, kosovarischer Staatsangehöriger
- Beqiri Merita, 1993, kosovarische Staatsangehörige
- Ljeci Eron, 1998, serbischer Staatsangehöriger
- Sekerci Süreyya, 1971, türkische Staatsangehörige

Zu den Pendenzen: Im Moment liegen 4 pendente, behandlungsreife Gesuche von 4 Personen vor. Weitere 21 Gesuche von 43 Personen befinden sich im Vorprüfungsverfahren, im eidgenössischen Bewilligungsverfahren oder sind zurückgestellt.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Eine weitere Mitteilung aus der FGK-Subkommission zur Leistungsvereinbarung Soziale Dienste, Übersicht und speziell Verein Kinder- und Jugendarbeit Arbon erfolgt durch Hanspeter Belloni.

Hanspeter Belloni, Subkommissionspräsident: Gerne berichte ich Ihnen über die Überprüfung der Leistungsvereinbarung Soziale Dienste, im Speziellen Verein Kinder- und Jugendarbeit Arbon (KJA).

Zur Ausgangslage:

Die Finanz und Geschäftsprüfungskommission der Stadt Arbon beauftragte eine Subkommission, bestehend aus Andreas Grubelnik, SP-Gewerkschaften-Juso, Cyrill Stadler, FDP, Kaspar Hug, CVP und Hanspeter Belloni, SVP mit der Überprüfung der Leistungsvereinbarungen der Sozialen Dienste Arbon.

Die Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Arbon und dem Verein Kinder- und Jugendarbeit Arbon, kurz KJA, liefert im Parlament, vor allem bei den Budgetsitzungen, immer wieder Stoff zu Diskussionen. Da diese Position nun sogar in der neu erstellten "LÜP" (Seite 29, Punkt 4.3.18) Aufnahme fand, beschränkte sich die Subkommission auf die Überprüfung dieser Leistungsvereinbarung.

Ziel, Auftrag:

Die Subkommission überprüft den Inhalt der Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Arbon und dem Verein KJA, sowie deren Aufbau, Struktur, Finanzierung, Zusammenarbeit und finanziellen Beteiligungen.

Die Subkommission der FGK traf sich in zwei Sitzungen. Vor der ersten Sitzung wurde die Leistungsvereinbarung sowie weitere, erhaltene Unterlagen wie Statuten und HV-Protokolle studiert.

In der zweiten Sitzung wurde ein Fragenkatalog zuhanden des zuständigen Stadtrats, Herr Hans Ulrich Züllig sowie dem Leiter der Sozialen Dienste, Herr Hans-Jürg Fenner, erarbeitet und den beiden Herren zugestellt.

Die Fragen wurden schriftlich beantwortet und der Subkommission zugestellt. Die Antworten wurden anschliessend durch die Subkommission ausgewertet und der Schlussbericht erstellt. Diese Antworten bilden einen wesentlichen Bestandteil des Berichts.

Zur Gesamtübersicht Leistungsvereinbarungen der Sozialen Dienste:

Die Abteilung Soziale Dienste unterhält folgende Leistungsvereinbarungen:

Im Altersbereich:

- Spitex
- Pro Senectute

Im Jugendbereich:

- Kinderhaus
- Tageselternverein
- Ludothek
- Spielgruppen Arbon-Frasnacht

Die Leistungsvereinbarung mit der Pro Senectute wurde bereits 2011 von einer Subkommission der FGK geprüft.

Ich komme zur Überprüfung der Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Arbon und dem Verein Kinder- und Jugendarbeit Arbon KJA.

Die Ausgangslage, die Grundlage bildet das Kinder- und Jugendkonzept der Stadt Arbon vom Mai 2008. Es sind die vier Säulen in der Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Arbon.

Im Übrigen ist dies ein Papier, welches Parlament und Stadtrat kennen sollten, bevor sie über Sparmassnahmen diskutieren.

Grundsätzliche Feststellungen der Subkommission:

- Eigentlich ist dieser Verein die Stadt selber.
- Die Stadt übernimmt die Lohnkosten der Mitarbeitenden und die personellen Nebenkosten wie Weiterbildung und Spesen.
- Auch die Mietkosten für die notwendigen Räumlichkeiten (Jugendtreff, Büro) übernimmt die Stadt (siehe Punkt 2.2 der Leistungsvereinbarung), was wiederum bei einem eigenständigen Verein unüblich ist.
- Die Stadt übernimmt gemäss Leistungsvereinbarung sogar die Geschäftsleitung des Vereins, Präsident ist Patrick Hug, der Geschäftsführer ist Hans-Jürg Fenner.

Entsprechend hat die Subkommission folgende Fragen zusammengestellt:

Grundsätzliche Fragen: Warum wurde der Verein Kinder- und Jugendarbeit überhaupt gegründet und was waren die Überlegungen der Stadt dazu?

Der geschichtliche Hintergrund kann, soweit Akten vorhanden sind, nur noch teilweise rekonstruiert werden. Der Verein wurde in den 80-iger Jahren aufgrund einer Privatiniziativ gegründet. Ursprünglich vereinbarten Stadt und Verein, dass die gesamte Liegenschaft Rondelle dem Verein zur Nutzung zur Verfügung stand.

Im Rahmen der Neukonzeptionierung der gesamten Kinder- und Jugendarbeit wurde durch den Stadtrat die Aufhebung des Vereins diskutiert. Zum damaligen Zeitpunkt wurde entschieden, die Vereinsstruktur beizubehalten. Mit der Vereinsstruktur und den Vereinsmitgliedern ist eine breitere Abstützung der Kinder- und Jugendarbeit in Arbon gewährleistet. Mit der Vereinsstruktur ist sichergestellt, dass mit einfachen Mitteln „Sponsoren-Gelder“ erzielt werden können (Projektbeiträge Kanton, Alkoholzehntel, Stiftungen usw.). Dies hat dazu geführt, dass der Verein trotz Ausweitung der Projekte sämtliche Projektkosten selber tragen konnte und seit einigen Jahren einen Teil der Lohnkosten der Stadt zurückzahlen kann.

Fragen zur Rondelle, Geschäftsführungsauftrag Rondelle: Seit Juli 2007 hat die Abteilung Soziales einen Geschäftsführungsauftrag des Vereins Jugendbegegnungsstätte Rondelle. Unsere Frage war: Besteht dieser überhaupt noch?

Der Geschäftsführungsauftrag besteht weiterhin.

Hans Jörg Fenner ist seit Juli 2007 Geschäftsführer des Vereins Kinder- und Jugendarbeit Arbon. Das Team der Kinder- und Jugendarbeit ist führungstechnisch und organisatorisch der Abteilung Soziales angegliedert. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass diese Form sehr erfolgreich ist. Das Gesamtteam der Abteilung Soziales umfasst sowohl den Hilfebereich als auch den Präventionsbereich. Der gegenseitige Informationsaustausch führt zu einem ganzheitlichen Ansatz, der sich für beide Bereiche sehr positiv auswirkt. Mit der Einbindung des Teams Kinder- und Jugendarbeit ist sichergestellt, dass effiziente Personalführung- und Projektstrukturen sichergestellt sind.

Fragen zur Finanzierung, Mitgliederbeiträge:

Gegenwärtig hat der Verein circa 50 Mitglieder. In erster Linie handelt es sich um Privatpersonen. Der Mitgliederbeitrag beträgt Fr. 40.--, für juristische Personen Fr.100.--.

Alkoholzehntel: Grundsätzlich sind die Beiträge Alkoholzehntel für die Bereiche Prävention, Früherkennung, Frühintervention, Behandlung, Schadensminderung und Forschung bestimmt. Organisationen aus dem Jugendbereich erhalten Beiträge unter dem Titel der Prävention. Ab 2015 wird das neue Suchtkonzept verabschiedet, das neu auch über die Mittelausrichtung bestimmen wird. Die Beiträge werden an Organisationen im Jugendbereich ausgerichtet.

Die Bedingung, dass eine Vereinsstruktur vorliegen muss, wurde vor Jahren aufgehoben. Arbon erhält einen Beitrag von Fr. 13'000.--, Frauenfeld und Kreuzlingen erhalten Fr. 10'000.--, weitere Organisationen im Jugendbereich erhalten Beiträge von Fr. 2'000.-- bis Fr. 7'000.--. Die Beiträge werden in Abhängigkeit zu den Aktivitäten der Organisationen ausgerichtet.

Fragen zu Zusammenarbeiten und finanziellen Beteiligungen, Kirchgemeinden: Die katholische Kirchgemeinde ist im Vorstand des Vereins vertreten. Sie leistet einen jährlichen Beitrag von Fr. 2'000.--. Die evangelische Kirchgemeinde leistet auf Antrag jährliche Projektbeiträge (Bsp. Graffitiprojekt). Die Zusammenarbeit mit beiden Kirchgemeinden ist projektbezogen (Bsp. Spielnachmittag mit Jungwacht).

Schulgemeinden

Die Sekundarschulgemeinde ist im Vorstand des Vereins vertreten. Auf der operativen Ebene gibt es halbjährliche Austauschsitzungen mit den Schulleitenden zur gegenseitigen Absprache zu Entwicklungen im Kinder- und Jugendbereich und bezogen auf die verschiedenen Projekte. Sämtliche Schulleitungen nehmen teil. Mit den Schulsozialarbeitenden finden regelmässige Treffen mit dem Elternforum zur Förderung der Elternbildung statt. Die SSG bezahlt Fr. 6'000.--, die PSG Arbon und Frasnacht je Fr. 100.--.

Die Zusammenarbeit Fachkommission für Jugendfragen: Analog zu den jeweiligen Konzepten (Altersbereich, Migrationsbereich, Kinder- und Jugendbereich) gibt es jeweils eine durch den Stadtrat gewählte Fachkommission. Die Fachkommission hat gegenüber dem Stadtrat eine beratende Funktion. Gleichzeitig dient die Fachkommission zum Austausch der entsprechenden Entwicklungen bei den beteiligten Organisationen, damit jeweils ein Überblick über die Entwicklungen und Projekte im Kinder- und Jugendbereich gewährleistet ist.

Jugendforum: Das Kinder- und Jugendforum ist eine Bildungs- und Vernetzungsplattform für die wesentlichen Akteure im Kinder- und Jugendbereich. Beteiligt sind die Schulen, die Abteilung Soziales, Perspektive, Polizei, Elternforum, Kirchen, Kinderhaus. Das persönliche Kennen ist Basis für eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Eine Frage zur möglichen Doppelspurigkeit Fachkommission für Jugendfragen und Jugendforum: Da es sich um unterschiedliche Gefässe mit unterschiedlichen Zielgruppen und unterschiedlichen Zielsetzungen handelt, sind allfällige Doppelspurigkeiten zu vernachlässigen.

Mit der Zusammenführung der verschiedenen lokalen Angebote zur Perspektive Thurgau haben sich die Mitgliederbeiträge der Stadt an die Perspektive Thurgau gesamthaft erhöht.

Deshalb die Fragen der Subkommission: Wie genau grenzt sich die Kinder- und Jugendarbeit Arbon von der Perspektive Thurgau ab und wo überschneiden sich Angebote (z.B. Jugendschutz, Suchtberatung und Prävention)?

Die aufgeführte Aussage stimmt so nicht mit der Zusammenführung. Die früheren Angebote der exxa wurden aufgelöst und in die Trägerorganisation Perspektive überführt. Die Beiträge der Stadt Arbon konnten um circa Fr. 50'000.-- reduziert werden. Die Perspektive ist einerseits im Hilfebereich, andererseits im Präventionsbereich tätig. Im Präventionsbereich ist die Perspektive für kantonale Programme zuständig. Die Kinder- und Jugendarbeit ist im Präventionsbereich vor Ort in Arbon tätig. Bei einzelnen Projekten wird die KJA Arbon finanziell unterstützt (Bsp. Thurgau bewegt). Bei einzelnen Projekten wird die KJA Arbon inhaltlich durch die Perspektive unterstützt (Bsp. Alkoholprävention).

In diesem Zusammenhang kann von einer ergänzenden Zusammenarbeit gesprochen werden. Im Hilfebereich erfolgt öfters eine Triagierung von Klienten mit Mehrfachproblemen an die Perspektive in den Bereichen Mütter- und Väterberatung, Familienberatung und Suchtberatung. Nach Bedarf werden Standortgespräche durchgeführt zur Absprache der gegenseitigen Hilfestrategien.

Einige Zahlen:

- Als Umsetzungsmassnahme waren im Konzept "Die vier Säulen in der Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Arbon vom Mai 2008", 170 Stellenprozente vorgesehen.
- Gegenwärtig verfügt die KJA über 240 Stellenprozente inklusiv den,
- seit 2013 für Steinach eingesetzten 40 Stellenprozenten.
- Die Stadt Arbon bekommt dafür von Steinach Fr. 50'000.-- pro Jahr.

Schlussfolgerung und Zusammenfassung der Subkommission: Der Verein KJA leistet der Stadt Arbon und der Bevölkerung einen sehr wertvollen Dienst. Am 10. März wurde in einer Medienmitteilung der Stadt Arbon erneut auf die erfolgreiche Entwicklung hingewiesen.

Trotzdem muss sich die Stadt Arbon folgende Fragen für die Zukunft stellen:

- Wie weit will die Stadt diese Dienstleistung noch ausbauen?
- Wieviel ist die Stadt Arbon bereit für diese Dienstleistung auszugeben?
- Wieviel Eigenverantwortung haben Eltern gegenüber ihren Kindern?

Würde der Verein Kinder- und Jugendarbeit nicht jedes Jahr einen guten Rechnungsabschluss vorlegen, würde die Rechnung jährlich mit weiteren Fr. 15'000.-- bis Fr. 16'000.-- belastet.

Der Stadtrat hat diese Position in die „LÜP“ aufgenommen. Gemäss Beurteilung der Firma BHP, Hanser und Partner AG, soll der Stadtrat ab 2015 bis 2020 die Kosten auf Stand heute einfrieren und ab 2016 ein neues K&J-Konzept erarbeiten mit dem Ziel, die Kosten um Fr. 60'000.-- bis Fr. 80'000.-- pro Jahr zu reduzieren. Ich denke, dass das Parlament diese Position im Auge behalten wird.

Schlussbemerkung: Die Subkommission wurde in ihrer Arbeit durch Stadtrat und Verwaltung sehr freundlich, kompetent und hilfsbereit unterstützt. Die benötigten Unterlagen und Informationen wurden von den zuständigen Personen in der Verwaltung schnell und ausführlich zur Verfügung gestellt. Dafür bedanke ich mich im Namen der Subkommission sehr herzlich.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Besten Dank, Hanspeter Belloni und der ganzen Subkommission für die geleistete Arbeit und die Informationen.

2. Verkauf Liegenschaft Rebenstrasse 33, Nr. 2236 (Sonnenblumenhaus und Garagenplätze Seilerstrasse) - Grundsatzentscheid Eintreten, Diskussion, Beschlussfassung

Der Kommissionsbericht wurde ihnen mit Versand am 24. Februar 2015 zugestellt und zugleich hatten sie die Möglichkeit, am Samstag, 7. März vor Ort das Max-Burkhardt-Haus zu besichtigen. Ich übergebe nun das Wort zum Eintreten an den Präsidenten der vorberatenden Kommission Peter Gubser.

Peter Gubser, Kommissionspräsident: Das Max Burkhardt-Haus an der Rebenstrasse 33, ist ein Gebäude von ausserordentlicher Bedeutung für Arbon, von seiner äusseren Gestaltung her und auch in seinem Innern. Viele von ihnen konnten sich von der Grossartigkeit dieses Gebäudes bei der Besichtigung überzeugen.

Mit der Botschaft vom 27. Oktober 2014 hat der Stadtrat dem Parlament beantragt, dieses Haus, das die Stadt geschenkt erhielt, zu verkaufen. Als Reaktion auf diesen Verkaufsantrag, der auch öffentlich publiziert wurde, hat sich eine Interessengemeinschaft gebildet mit dem Ziel, das Max-Burkhardt-Haus der Öffentlichkeit zu erhalten. Diese Interessengemeinschaft hat dann dem Stadtrat beantragt, das Geschäft zu sistieren. Der Stadtrat hat diese Bitte um Sistierung an die Kommission weitergeleitet. Die Kommission hat sich dann mit diesem Anliegen befasst. Die Kommission hat zuerst das Haus besichtigt, hat sich durch die Denkmalpflege über die Bedeutung dieses Hauses informieren lassen, und hat der IG Max-Burkhardt-Haus die Gelegenheit geboten, sich zu äussern, ihre Vorstellung und Begründung zur Sistierung ihres Geschäfts darzulegen.

Aufgrund all dieser Ausführungen, aufgrund dieser Besichtigung, ist dann die Kommission einstimmig, ich betone einstimmig, zum Entscheid gekommen, ihnen, sehr geehrte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, zu beantragen, das Geschäft bis Ende Jahr zu sistieren. Als zweiten Antrag aber die Einschränkung zu machen, dass diese Interessengemeinschaft bis Mitte September dem Stadtrat Bericht zu erstatten hätte über ihre Bestrebungen, über die Entwicklung ihres Projekts. Der Stadtrat, der in der Kommission Einsitz nahm, Patrick Hug, hat sich mit diesem Vorgehen einverstanden erklärt.

In diesem Sinne beantrage ich ihnen, das Geschäft bis Ende Jahr zu sistieren und der IG Max-Burkhardt-Haus so Möglichkeit zu geben, ihr nur grob skizziertes Projekt weiter zu entwickeln und vorzustellen, und beantragt ihnen ebenfalls, der IG-Max-Burkhardt-Haus die Auflage zu machen, dass sie bis Mitte September einen Bericht an den Stadtrat abzuliefern hätte.

Den Verlauf der Kommissionssitzung, den ersehen sie aus dem Bericht, da möchte ich mich nicht wiederholen.

Claudia Zürcher, FDP: Im Namen der FDP-Fraktion möchte ich mich beim Kommissionspräsidenten und den Mitgliedern der Kommission für die gute Arbeit bedanken. Bedanken möchte ich mich auch bei den Mitgliedern der IG Max-Burkhardt-Haus für ihr Engagement und die Zeit, welche sie bis anhin aufgewendet haben, um der Kommission und dem Stadtparlament ihr Anliegen vorzubringen. Wir alle hatten die Möglichkeit, dieses Objekt nun noch einmal zu besichtigen und uns ein Bild davon zu machen. Das Sonnenblumenhaus beschäftigt die Stadt schon seit der Schenkung im April 2006. Leider ist es der Stadt nie wirklich gelungen, eine geeignete und finanziell tragbare Lösung für dieses einmalige Objekt zu finden. Es ist wohl auch keine leichte Aufgabe und es benötigt ein Konzept und Ideen, welche über die normalen Ressourcen und Möglichkeiten der Stadt hinausgehen. So erscheint uns der Weg, welchen die IG vorgeschlagen hat und den sie nun verfolgen möchte, ein für alle Beteiligten gangbarer und hoffentlich auch zielführender zu sein. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass man den eingeschlagenen Weg weitergehen und der IG diese Zeit zur Weiterentwicklung geben soll. Wir sind einstimmig für Eintreten.

Remo Bass, CVP/EVP: Die CVP/EVP-Fraktion dankt der Kommission unter dem Präsidium von Peter Gubser für die gute Arbeit. Einige von unserer Fraktion haben die Möglichkeit genutzt und die Liegenschaft besichtigt, andere kennen dieses Gebäude aus früheren Besichtigungen.

Grundsätzlich sind wir mit den Anträgen der Kommission einverstanden. Wir denken, dass ein Moratorium zu Gunsten der IG Max-Burkhardt-Haus bis zum 31. Dezember 2015 sicher eine sehr vernünftige Lösung darstellt. Die an dieser IG beteiligten Personen lassen uns hoffen, dass sie eine gute und vernünftige Lösung finden werden. Es ist heute so, dass es nun den Anschein macht, dass über den bestehenden Garagen an der Seilerstrasse eventuell eine neue Wohnbaute im kleinen Stil erstellt werden könnte. Dies wäre sicher eine gute und vernünftige Lösung und könnte massgebend mithelfen, dass die Finanzierung für die IG nicht zu einem schwierigen Unterfangen wird. Wir fragen uns allerdings, ob nicht auch die Stadt zu einer ähnlichen Lösung hätte kommen können. Oder war es eventuell so, dass bisher, gestützt auf einen denkmalpflegerischen Umgebungsschutz, die Denkmalpflege für eine solche Lösung bisher kein Gehör hatte.

Wie es auch sei, wir stehen einstimmig hinter der vorgeschlagenen Lösung der Kommission. Allerdings möchten wir aber auch klar zum Ausdruck bringen, dass wir nicht der Meinung sind, dass die Stadt diese Liegenschaft zum Nulltarif in eine noch zu gründende neue Gesellschaft überführen kann. Die Liegenschaft muss verkauft werden, auch an eine neue Trägerschaft. Aus unserer Sicht ist es klar, dass wir nicht von einem hohen Betrag, gemäss Budget 2015, ausgehen können. Aber es darf nicht sein, dass die Stadt in der heutigen finanziellen Lage eine solche Liegenschaft praktisch verschenken würde. Uns ist klar, wir stimmen heute nicht über einen Verkauf sondern über ein Moratorium ab. Wir möchten nur unseren Standpunkt schon jetzt bekannt geben. Für uns gilt: Die CVP/EVP-Fraktion steht einstimmig hinter den beiden Anträgen der vorberatenden Kommission.

Die Zusatzanträge, die von Roland Schöni, SVP beantragt wurden, können wir unterstützen.

Elisabeth Tobler, SVP: Die Mehrheit der SVP-Fraktion ist der Meinung, dass dem Sonnenblumenhaus die Chance gegeben werden soll durch die IG Burkhardt-Haus mit einem klar definierten Zeithorizont, wie vorgeschlagen.

Wenn die Stadt schon ein denkmalpflegerisch so wertvolles Haus besitzt, das sogar in die Liste des Bundes als schützenswert aufgenommen wurde, soll es nicht leichtfertig aus der Hand gegeben werden, nur des schnöden Mammons willen. Der Verkauf von Kulturgut unserer Stadt ist keine von langfristig zeugender Denkweise geprägte Tat, auch wenn dies in der Leistungsüberprüfung vorgeschlagen ist.

Spätere Generationen werden es uns danken, dass wir das Ganze nochmals überprüfen lassen, um das Haus so einer breiteren Arboner Bevölkerung zugänglich zu machen. Falls die Abklärungen dann etwas anderes ergeben, ist noch Zeit genug für einen Verkauf.

Vor diesem Hintergrund möchten wir der Kommission für die geleistete Arbeit danken und dem Präsidenten für den ausführlichen Bericht. Die Mehrheit der SVP-Fraktion unterstützt die Anträge der Kommission. Roland Schöni wird aber noch einen Zusatzantrag stellen.

Bernhard Bertelmann, SP-Gewerkschaften-Juso: Unser Ortshistoriker Hans Geisser hat das Burkhardt-Haus einmal als „eigenwilliges Anwesen“ bezeichnet.

Das Burkhardt-Haus ist tatsächlich kein 08/15 Haus, es ist ein Haus mit einer eigenen Geschichte, eine Schönheit mit Ecken und Kanten, aber doch eine Schönheit. Jeder, der dieses Haus zum ersten Mal sieht, bleibt stehen, gerät ins Staunen und ist erfreut über den schönen Anblick.

Klar, von Freude und Schönheit allein kann man nicht leben. Dies ist wohl auch die Meinung des Stadtrats. Und ich höre auch immer wieder das Argument, dass es nicht die Aufgabe des Stadtrats sei, ein solches Gebäude zu unterhalten. Ich meine aber, die Aufgabe des Stadtrats beschränkt sich nicht nur darauf, die Stadtkasse im Lot zu halten. Das ist die Grundlage. Darüber hinaus geht es aber auch darum, der Bevölkerung langfristig eine hohe Lebensqualität zu ermöglichen. Dazu gehört unter anderem, Arbon und seiner Geschichte Sorge zu tragen und sorgsam mit dem Vorhandenen umzugehen.

Es ist klar, ein Haus wie das Burkhardt-Haus benötigt mindestens kurzfristig mehr Aufwand bei der Vermietung, beim Unterhalt, aber auch bei einem allfälligen Verkauf. Aber vielleicht braucht es im Umgang mit einem solchen Haus nicht in erster Linie mehr Geld. Vielleicht braucht es ein anderes Denken und vielleicht auch genügend Zeit, um gute Ideen zu entwickeln. Vor allem die Zeit mag der Stadt angesichts der vielen Projekte im Moment fehlen.

Daher ist es aus Sicht der Fraktion der SP, Gewerkschaften und Juso eine grosse Chance, dass sich engagierte Arbonerinnen und Arboner zur IG-Max-Burkhardt-Haus zusammengeschlossen haben und bereit sind, den Aufwand auf sich zu nehmen, um neue Ideen zu entwickeln.

Die Fraktion SP, Gewerkschaften und Juso schliesst sich daher einstimmig der Kommissionsmeinung an, das Geschäft „Verkauf Burkhardt-Haus“ bis zum 31.12. zu sistieren und der IG Max-Burkhardt-Haus Zeit zur Abklärung einzuräumen. Das gilt auch für den zweiten Antrag. Entsprechend sind wir natürlich auch einstimmig für Eintreten.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Das Eintreten ist unbestritten. Wir kommen zur Diskussion. Ich übergebe wiederum das Wort an den Kommissionspräsidenten.

...wird nicht genutzt.

Roland Schöni, SVP: Grundsätzlich ist es begrüssenswert, wenn sich eine IG, eine Interessengemeinschaft überhaupt um ein solches Anliegen sich bemüht. Ich möchte dieses Engagement in keiner Weise mit meinen Zusatzanträgen schmätern. Ich bin nur nicht restlos überzeugt, dass dieses Vorhaben auch wirklich gelingt, ohne dass der Steuerzahler noch tiefer in die Tasche greifen muss.

Wir reden hier von einem Liebhaberobjekt, das mehr als 110 Jahre alt ist. Das Jugendstilhaus ist wohl historisch wertvoll, aber kein Zeuge der früheren Stadtgeschichte. Demzufolge kann es nicht mit dem Schloss oder anderen geschichtlichen Gebäuden verglichen werden. An dieser Stelle muss auch einmal der verstorbenen Margrit Burkhardt Rollin gedankt werden, die uns das Haus überhaupt geschenkt hat. Wäre es nicht besser gewesen, das Geschenk auszuschlagen und dem Kanton zu vermachen? Das steht aber heute nicht zur Diskussion, nur das Geschenk wird für den Steuerzahler immer teurer, zumal es jeden Tag Unterhaltskosten verursacht. Dass nun im gleichen Atemzug argumentiert wird, dass es mit einer Lösung nicht pressiere, handelt genau so wie der Stadtrat, der seit drei Jahren nichts unternommen hat. Das Geschäft ist nun im Stadtparlament und wir müssen nun ein zeitliches Limit setzen und eine verträgliche Lösung finden.

Diese Lösung sehe ich darin, dass einerseits der IG Zeit gegeben wird und andererseits mit meinem Zusatzantrag die Möglichkeit geboten wird, dem Stadtrat Verkaufsverhandlungen zu tätigen, die gleichzeitig geschehen wie die Abklärung betreffend einer Lösung der IG. Eine Fremdvergabe wird ausgeschlossen. Es liegt eine kompetente Schätzung über Preis etc. dieses Liebhaberobjekts vor und die Auflagen betreffend Denkmalschutz sind klar definiert. Falls es Ende Jahr zu keiner Lösung mit der IG kommt, könnte erst dann mit dem Verkauf begonnen werden. Die Stadt wäre dann beim Privatverkauf in einer schlechteren Lage, zumal dann feststehen würde, dass sie zum Verkauf gedrängt wird und keine andere Lösung parat hat. Mit dieser Doppellösung vergeben wir uns gar nichts. Im Gegenteil, wir können beide Varianten gegenüberstellen und es kostet uns praktisch nichts.

Das heisst: Ich bin für die Lösung, für die Anträge der Kommission. Diese sind gut und die Trägerschaft mit den Personen, die in dieser Trägerschaft sind, ist kompetent. Wie man hört, sind auch finanzielle Personen dabei. Es geht hier nicht um eine Konkurrenzierung des Vorschlags der Kommission, somit mein Antrag, den ich Ihnen vorlese:

„Gleichzeitig zum Antrag der vorberatenden Kommission wird die Stadt Arbon beauftragt, das Objekt auf den freien Markt zu bringen und Verkaufsverhandlungen zu führen, sodass über die Version IG-Max-Burkhardt-Haus und einen Privatverkauf zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden kann. Die Verkaufsverhandlungen müssen durch die stadteigene Verwaltung getätigten werden. Über den Zuschlag entscheidet das Stadtparlament.“

Also dieser Antrag, den ich hier vorgelesen habe und den Parlamentsmitgliedern bereits vorgängig per Mail zur Kenntnis zugestellt wurde, beinhaltet nicht, dass wir jetzt das Haus verkaufen. Es geht nur darum, eine parallele Lösung gegenüberzustellen und zwar mit einem Bericht, der zeitgleich wie im Kommissionsantrag erwähnt, auszuführen ist. Das heisst, die IG soll ihre Arbeit machen und die Stadt wird gleichzeitig beauftragt, potentielle Käufer zu finden und mit ihnen ins Gespräch zu kommen, ihre Absichten und Angebote zu prüfen.

Das heisst, was könnte ein privater Investor bieten: So zum Beispiel das Haus der Öffentlichkeit zugänglich machen, oder einen Museumstag einzuführen. Das Gebäude zu sonstigen Zwecken öffnen. Es ist einfach eine Tatsache: Für solche Liebhaberobjekte bedarf es einer Person, die Geld hat, beziehungsweise eine Interessengemeinschaft, die dafür das nötige Geld aufwendet.

Ich erinnere nur, dass im Jahr 2006 eine Schätzung gemacht wurde. Ein renommiertes Büro, und dies steht auch in der Botschaft, und wenn man dieser Botschaft des Stadtrats glaubt, hat die Alex Buob AG, Rorschacherberg, einen Zustandsbericht sowie eine Kostenschätzung über kurz- mittel- und langfristige Investitionen für den Gebäudeunterhalt gemacht. Wobei für die nächsten 30 Jahre Kosten von Fr. 500'000.-- anfallen. Dazu kommt eine Kostenschätzung eines Landschaftsarchitekten für die Instandsetzung der Gartenanlage auf nochmals Fr. 160'000.--.

Das sind Zahlen aus dem Jahr 2006. Jetzt haben wir das Jahr 2015. Wenn man das durch 30

Jahre rechnet, gibt es Fr. 16'500.--. In der heutigen Zeit sind das gut über Fr. 20'000.--, die wir jedes Jahr nur für den Unterhalt in dieses Gebäude stecken. Ganz zu schweigen von den derzeitigen Kosten, die anfallen für Wasser, Strom, Heizung und Sicherungen. Mit der Zeit muss jedes einzelne Holzstück an diesem Gebäude ausgewechselt werden. Daher, mit meinem zusätzlichen Antrag, den ich eben vorgelesen habe, vergeben wir uns gar nichts. Die Stadt soll mit ihrer eigenen Verwaltung das Haus auf den freien Markt bringen und dann sehen, was hier herein kommt. Ich denke, es sollte genügend Know how vorhanden sein, um ein Haus zu verkaufen. Dabei können sie ihre Anstrengungen selbst bestimmen, wie weit sie gehen wollen.

Wie gesagt, es geht nur darum, zu sehen, ob es möglich ist, dieses Haus auch privat zu verkaufen. Ich habe die Befürchtung, wenn es plötzlich Ende Jahr ist, oder Ende September und es nicht funktioniert mit der IG, man ein gutes Projekt hat, hinter dem man stehen kann, wie bereits aber mein Vorredner gesagt hat, aber nicht gratis. Ich bin durchaus bereit, mit dem Preis vernünftig herunter zu gehen. Wenn wir einen Privatinvestor haben, der so etwas bieten würde, warum nicht.

Darum bitte ich sie, meinen Zusatzantrag zu unterstützen.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Roland Schöni du hast noch einen 2. Antrag vorab gestellt.

Roland Schöni, SVP: Richtig. Falls sie meinem Antrag zustimmen, und das hoffe ich sehr. Bei einer Ablehnung wäre dieser 2. Antrag hinfällig. Meinen 2. Zusatzantrag habe ich analog dem Kommissionsbericht so formuliert: Der Stadtrat wird beauftragt, bis zum 15. September 2015 ebenfalls einen Zwischenbericht über seine Verkaufsverhandlungen vorzulegen und an einer nächsten Sitzung das Stadtparlament darüber zu informieren.

Peter Gubser, Kommissionspräsident: In einem solchen Fall hat üblicherweise hat der Kommissionspräsident die Möglichkeit, sich zu den Anträgen zu äussern. Die Kommission hatte bei ihrer Arbeit keine Kenntnis von diesen Anträgen von Roland Schöni. Ich kann daher nicht sagen, die Kommission hätte für oder gegen diese Anträge votiert. Ich persönlich meine, dass es schwierig sei, zwei Dinge gleichzeitig zu tun in diesem Fall. Das kommt etwas vor wie der „Fünfer unds Weggli“. Was geben wir für ein Signal der IG Max-Burkhardt-Haus, wenn wir gleichzeitig Verkaufsverhandlungen führen. Was geben wir für ein Signal bezüglich Verkaufsverhandlungen, wenn wir gleichzeitig einer IG, die grosses Wohlwollen geniesst, die Möglichkeit geben, Projekte auszuarbeiten. Ich bin der Meinung: Schön eines nach dem anderen.

Bernhard Bertelmann, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich habe jetzt schon einige Male gehört, dass es schwierig ist, dieses Haus zu verkaufen. Wenn jetzt noch hinzukommt, zu einem Haus, das schwer zu verkaufen ist, es vielleicht gar nicht zu verkaufen ist, dann denke ich wäre die Aufgaben für den Stadtrat nochmals um einiges schwieriger dieses Haus zu verkaufen. Ich würde daher vorschlagen, lassen wir jetzt die IG einmal arbeiten und entlasten wir den Stadtrat von dieser Aufgabe. Er hat auch noch genügend andere Projekte. Ich würde daher beantragen, diesen Antrag von Roland Schöni, abzulehnen.

Hanspeter Belloni, SVP: Ich kann den Antrag von Bernhard Bertelmann gut verstehen, habe trotzdem zum 2. Antrag einen Einschub. Es heisst: „Die IG Max-Burkhardt-Haus wird angehalten, dem Stadtrat bis zum 15. September 2015 einen Zwischenbericht über ihre Abklärungen abzuliefern“. Ich hätte gerne den Einschub:...dem Stadtrat und dem Parlament bis zum 15. September 2015 einen Zwischenbericht über ihre Abklärungen abzuliefern.

Die Begründung: Das Parlament ist ja bereits jetzt involviert in die ganze Geschichte. Warum soll die IG nicht auch gleich das Parlament informieren.

Peter Gubser, Kommissionspräsident: Dass dieser Antrag von Hanspeter Belloni nötig ist, das ist eher ein Versäumnis unserer Kommission, glaube ich. Wenn wir früher daran gedacht hätten, hätten wir das auch früher berücksichtigt. Ich bin einverstanden, als Parlamentsmitglied. Als Kommissionsmitglied muss ich mich neutraler zeigen.

Roman Buff, CVP/EVP: Wir haben in der Fraktion vorgängig eigentlich gesagt, der Antrag Roland Schöni ist vernünftig. Ich bin nicht mehr so sicher, ob er vernünftig ist. Meine persönliche Meinung nach dieser Debatte ist die, dass auch ohne diesen Antrag die Stadt ohne weiteres in einem parallelen Schritt verhandeln kann. Wenn sie das macht und einen Käufer hätte, was ja ziemlich fraglich ist in dieser Zeit, kann man das auch der IG zukommen lassen. Diese haben dann die Möglichkeit, die Stiftung, dieses Haus auch zu kaufen. Dann haben wir die Bedingungen, wie sie es kaufen müssten. Ich denke, der Antrag von Roland Schöni, SVP ist nicht nötig. Die Stadt hat Möglichkeiten, das sowieso zu tun.

Riquet Heller, FDP: Ich unterstütze meinen Vorredner Roman Buff. Es ist tatsächlich so, dass die Stadt für sich bereits schon handeln kann. Namentlich ist es nicht so, dass das Parlament gegen aussen die Stadt vertritt, sondern es ist Sache des Stadtrats, gegen aussen die Stadt zu vertreten. Demzufolge ist beispielsweise ein Bericht über die Verkäuflichkeit an Interessenten, und das ist beispielsweise die IG, nicht uns Parlamentariern zu unterbreiten, sondern dem Stadtrat, der uns das dann weiter gibt. Demzufolge ist das kein Versäumnis von dir, Peter Gubser gewesen, dass du nicht direkt mit der IG verhandelt hast, sondern gesagt hast, sie solle sich zuerst an den Stadtrat wenden.

Im Übrigen finde ich es abermals ein grosses Misstrauen gegenüber unserer Stadtregierung, dass man will, dass sie die Verkaufsverhandlungen unbedingt selber führen muss. Es ist so, dass sie das eh schon kann. Irgendwelche Einschränkungen, wie dies von Roland Schöni gefordert wird, finde ich fehl am Platze. Ich habe keine besondere Sympathie gegenüber Liegenschaftshändlern. Das ist aber eine Branche wie jede andere, und ich weiss, dass sie in der Regel auf Erfolgsbasis arbeiten. Das heisst: Wenn es dann zu keinem Abschluss kommt, sondern die IG zum Zuge kommt, dann schulden wir eh nix. Das heisst mit anderen Worten: Lassen wir doch den Stadtrat wirken, wie zu Recht das Roman Buff erwähnt hat. Es soll in seinem Ermessen sein, ob er parallel weitere private Interessenten begrüssen will oder nicht. Ich bitte sie demzufolge aufgrund der Einschränkung, die namentlich seitens der SVP gemacht werden, ihre Anträge abzulehnen.

Roland Schöni, SVP: Wie gesagt, es ist keine Konkurrenzierung der Lösung der Kommission. Dieser werde ich auch zustimmen. Es ist natürlich jetzt heikel, wenn wir die Stadt gewähren lassen ohne Auftrag, dass sie selber Verkaufsverhandlungen führt. Beziehungsweise, wenn sich Kaufinteressenten, diese Diskussion wird ja in die Öffentlichkeit getragen, wenn sich potentielle Kaufinteressenten melden, könnte sie gar nichts unternehmen ohne unsere Unterstützung. Es würde heissen, sie würde die IG-Lösung torpedieren. Daher komme ich nochmals darauf zurück. Ich bitte sie meinen Vorschlag zu unterstützen, dass wir zeitgleich mit der IG-Lösung Verkaufsverhandlungen führen und sehen, wie es überhaupt laufen könnte, wenn das Objekt privat verkauft würde und was für Interessenten überhaupt da sind. Sonst, wie gesagt, wird es Ende Jahr, und am Schluss wenn es nicht klappt mit dieser Lösung, was ich nicht anstrebe, dann müssten wir wieder von Null anfangen, und plötzlich müsste die Stadt wieder mit Verkaufsverhandlungen anfangen. Ich bitte sie daher, meinen Antrag zu unterstützen.

Vizestadtammann Patrick Hug: Besten Dank für ihre konstruktiven Voten. Zum Bericht von Peter Gubser möchte ich noch anmerken, dass ich in der Kommission selbstverständlich den Antrag des Stadtrates zu vertreten hatte, nämlich den Verkauf der gesamten Parzelle, Wohnhaus an der Rebenstrasse und Garagen an der Seilerstrasse. Nach der Präsentation der IG Max-Burkhardt-Haus konnte ich mich persönlich den beiden Anträgen der Kommission anschliessen, das Geschäft bis Ende Jahr zu sistieren und von der IG bis Mitte September einen Zwischenbericht über deren Abklärungen zuhanden des Stadtrates zu erhalten. Im Nachgang zur Kommissionssitzung hat sich auch der Stadtrat grundsätzlich für diese beiden Anträge ausgesprochen.

Der Stadtrat begrüßt ausdrücklich die private Initiative der IG Max-Burkhardt-Haus. Roman Buff und Riquet Heller haben es angedeutet: Wir haben Verhandlungen mit anderen Kaufinteressenten weitergeführt, vor allem auch um den Kaufpreis zu konkretisieren.

Beim Sonnenblumenhaus handelt es sich für den Stadtrat um ein ausgesprochenes Liebhaberobjekt. Private Besitzer könnten das Objekt ebenso gut wie die von Finanznöten geplagte Stadt Arbon unterhalten, vielleicht sogar besser. Der Stadtrat möchte die Parzelle mit dem Sonnenblumenhaus und den Garagen nicht verschenken, sondern eine gute Lösung finden, welche die Laufende Rechnung nicht nur entlastet, sondern für die Stadt einen Mehrwert generiert, vor allem wenn der untere Teil der Parzelle überbaut werden könnte. Die IG, so ist im Kommissionsbericht nachzulesen, geniesst das Vertrauen der kantonalen Denkmalpflege. Im Publikum sitzt übrigens Frau Bettina Hedinger, stellvertretende Leiterin des kantonalen Amtes für Denkmalpflege. Der Stadtrat sieht denn gespannt den Zwischenbericht der IG Max-Burkhardt-Haus entgegen.

Roland Schöni rennt mit seinen beiden Anträgen beim Stadtrat offene Türen ein. Auch der Stadtrat ist an einer bestmöglichen Lösung interessiert, und so sind alle Optionen zu prüfen, um zu eben diesem Ergebnis zu gelangen. Und ich kann den Antragsteller beruhigen, die Verhandlungen werden durch die Stadt Arbon geführt, nämlich durch Stadtammann Andreas Balg persönlich. Der Stadtrat ist durchaus bereit, bis Mitte September ebenfalls einen Zwischenbericht über den Stand der Verkaufsverhandlungen vorzulegen.

Der Stadtrat begrüßt also die beiden Anträge der Kommission ebenso wie die beiden ergänzenden Anträge von Roland Schöni.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Sind keine weiteren Wortmeldungen, kommen wir zur Abstimmung der Anträge der vorberatenden Kommission sowie über die Ergänzungsanträge von Roland Schöni, SVP. Wir stimmen zuerst über den Antrag 1. der vorberatenden Kommission ab, anschliessend über den Ergänzungsantrag 1.1 von Roland Schöni, SVP.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wir stimmen nun über den 1. Antrag der vorberatenden Kommission ab, der wie folgt lautet:

1. Das Geschäft „Verkauf Liegenschaft Rebenstrasse 33, Parzelle Nr. 2236“ (Sonnenblumenhaus und Garagenplätze Seilerstrasse – Grundsatzentscheid) ist bis zum 31.12.15 zu sistieren, um so der IG Max-Burkhardt-Haus Zeit zur Abklärung betreffend Verwendungszweck und Trägerschaft einzuräumen.

://: **Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.**

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wir stimmen nun über den 1.1 Antrag von Roland Schöni, SVP ab, der wie folgt lautet:

Gleichzeitig zum Antrag der vorberatenden Kommission wird die Stadt Arbon beauftragt, das Objekt auf den freien Markt zu bringen und Verkaufsverhandlungen zu führen, sodass über die Version IG-Max-Burkhardt-Haus und einen Privatverkauf zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden kann. Die Verkaufsverhandlungen müssen durch die stadteigene Verwaltung getätigter werden. Über den Zuschlag entscheidet das Stadtparlament.

://: **Der Zusatzantrag 1.1 von Roland Schöni, SVP, wird mit 18 zu 9 Stimmen abgelehnt.**

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wir stimmen nun über den 2. Antrag der vorberatenden Kommission ab und der Ergänzung von Hanspeter Belloni, SVP, der wie folgt lautet:
Die IG Max-Burkhardt-Haus wird angehalten, dem Stadtrat und dem Parlament bis zum 15. September 2015 einen Zwischenbericht über ihre Abklärungen abzuliefern.

://: **Dem Antrag der Kommission mit der Ergänzung von Hanspeter Belloni, den Bericht an den Stadtrat und an das Parlament bis zum 15. September 2015 abzuliefern, wird grossmehrheitlich zugestimmt.**

Somit ist das Geschäft für den Moment erledigt. Wir sind gespannt auf einen Zwischenbericht und einer allfälligen Lösung für das Max-Burkhard-Haus.

3. Antrag Stadtrat „Schaffung einer Fachkommission Verkehr“ Diskussion, Beschlussfassung

Präsidentin Christine Schuhwerk: Den Bericht und Antrag des Stadtrats haben sie am 27. Januar 2015 erhalten. Der Stadtrat beantragt die Kenntnisnahme der gewählten Fachkommission Verkehr und die Motion als erledigt zu erklären. Ich eröffne hiermit die Diskussion, um abschliessend darüber Beschluss zu fassen.

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Beim Lesen des Berichts zur Umsetzung der Motion „Schaffung einer Fachkommission Verkehr“ hatte ich ein Déjà-vu-Erlebnis. Ich fand darin nämlich überhaupt nichts Neues. Alles, was in diesem Bericht zu lesen ist, wurde uns anlässlich der Parlamentssitzung vom 28. Oktober 2014 bereits mündlich mitgeteilt. Dass der Stadtrat nach der Rückweisung und dem unmissverständlichen Auftrag des Parlamentes, das Geschäft zu überarbeiten, einfach nichts tut und sich um den Parlamentsentscheid foutiert, stösst der Fraktion SP, Gewerkschaften und Juso sauer auf.

So bleibt nicht viel anderes übrig, als zu wiederholen, was wir bereits damals betonten: Die Motion ist nicht erfüllt, da die Zusammensetzung der Kommission nicht breit abgestützt ist. Wo bleibt die Vertretung des Langsamverkehrs? Weshalb wurde beispielsweise nicht jemand von Pro Velo Thurgau in die Kommission berufen? Wieso wird aus dem Schulbereich ein Behördenmitglied gewählt und nicht ein Lehrer oder eine Lehrerin, die regelmässig mit einer Schulkasse auf dem Velo unterwegs ist? Wer vertritt die Anliegen von Leuten, die mit Rollstühlen, Rollatoren oder mit Kinderwagen unterwegs sind?

Stur weigert sich der Stadtrat, dem Willen des Parlamentes nachzukommen. Im Motionstext ist ausdrücklich festgehalten, dass neben Fachpersonen der Polizei und der Bauverwaltung Volksvertreterinnen und Volksvertreter Einsitz in der Kommission nehmen sollen. Tatsächlich steht in unserer Gemeindeordnung, dass der Stadtrat zuständig ist für die Besetzung von Fachkommissionen. Das wird von unserer Seite auch nicht bestritten. Aber wenn das Parlament eine Motion erheblich erklärt, die ausdrücklich wünscht, dass Volksvertreterinnen und Volksvertreter in die Kommission zu berufen sind, und wir schreiben ja nicht vor, wer es sein muss, dann wäre es nichts anderes als korrekt und anständig, diesem Parlamentsentscheid nachzukommen. Auch wenn das Vorgehen des Stadtrates vielleicht rechtlich nicht belastbar ist, so zeugt es politisch von wenig Respekt und kooperativer Zusammenarbeit, wenn die Exekutive sich einfach über den Willen der Legislative hinwegsetzt und tut, was sie will. Ausserdem steht in der Gemeindeordnung auch, dass der Stadtrat bei der Zusammensetzung von Fachkommissionen unterschiedliche Interessen und Ansichten zu berücksichtigen hat. Man kann sich schlecht auf den ersten Satz des Artikels 43 Abs. 1 stützen, wenn man den zweiten Satz desselben Artikels wiederum nicht so ernst nimmt.

Das Stadtparlament macht sich unglaublich, wenn es ein Geschäft nach mündlicher Information zur Überarbeitung zurückweist und vier Monate später mit der Verschriftlichung der bereits bekannten Informationen das Geschäft als erledigt erklärt. Wo führt diese Praxis auch hin, wenn der Stadtrat Geschäfte, die er nicht wunschgemäß durchgebracht hat, einfach nochmals unverändert ins Parlament bringen kann, da er davon ausgehen darf, dass das Parlament irgendwann schon spurt? Im Bericht steht nichts Neues, unsere Reaktion darauf sollte auch nicht neu sein: Das Geschäft ist an den Stadtrat zur Überarbeitung zurückzuweisen. Ich bitte euch, diesen Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Andrea Vonlanthen, SVP: Die SVP-Fraktion unterstützt diesen Rückweisungsantrag, weil sie ebenfalls der Meinung ist, der Motionsauftrag sei nicht im Sinne des Stadtparlaments erfüllt.

Sie kennen die Vorgeschichte. Vor bald zwei Jahren wurde die Motion von Peter Gubser in diesem Saal mit 23 Ja-Stimmen erheblich erklärt. Ein klarer Auftrag an den Stadtrat. Doch dieser weigert sich seither, eine Kommission zu bestellen, in der auch Volksvertreterinnen und Volksvertreter aus dem Parlament vertreten sein sollen.

Brauchen wir heute überhaupt eine Verkehrskommission? Die Meinung des Parlaments war offensichtlich. Und die Frage muss inzwischen noch viel deutlicher bejaht werden. Die Beispiele von kostspieligen Schikanen und unsinnigen Massnahmen, wie dem Mini-Kreisel beim Rosascoplatz oder der Entfernung von Fussgängerstreifen, die seit Jahren wertvolle Dienste geleistet hatten, häufen sich in unbegreiflichem Masse. Darum braucht es eine Verkehrskommission mit Leuten aus dem Volk, mit Leuten mit gesundem Menschenverstand also.

Der Stadtrat pocht nun ja darauf, dass die Zuständigkeit bei ihm liege. Richtig – und nicht richtig. In der Gemeindeordnung heisst es nämlich auch, wie es Kollege Heller gesagt hat, bei der Zusammensetzung seien „unterschiedliche Interessen und Ansichten“ zu berücksichtigen. Das ist heute klar nicht der Fall.

Doch das effektive Problem liegt an einem andern Ort. Der Stadtrat will sich nicht an wesentliche politische Gesetzmässigkeiten halten. Und diese Gesetzmässigkeiten lauten:

1. Du sollst den Volkswillen respektieren.
2. Du sollst den Willen der Volksvertretung respektieren.

An diese demokratischen Gesetze hat sich eine Exekutive zu halten. Sie ist zuerst einmal Dienerin des Volkes und der Volksvertretung. Doch wiederholt brachte der Stadtrat in letzter Zeit zum Ausdruck, dass ihm der Volkswille und der Wille der Volksvertretung lästig sind. Dabei gehört es zu unsren banalsten demokratischen Spielregeln, dass das Volk und die Volksvertretung auch einmal kritisch und unbequem sind. Ein Stadtrat, der sich so über die Volksmeinung hinwegsetzt, mag sich auf reglementarische Vorgaben berufen. Doch er handelt politisch ungeschickt und unsensibel. Das ist klassische Herr-im-Haus-Mentalität. Und der Stadtrat leistet dem vertrauensvollen Miteinander damit einen Bärendienst. Eine Exekutive, die nicht bereit ist, Volks- und Parlamentsentscheide auftragsgemäss umzusetzen, darf sich nicht wundern, wenn Missmut und Verdruss zunehmen.

Das ist glücklicherweise nicht überall so. Ein Beispiel von der kantonalen Ebene. Im Grossen Rat wurde vor zwei Jahren eine Motion eingereicht, welche die zweite Fremdsprache auf der Primarstufe abschaffen will. Der Regierungsrat wehrt sich heftig aus materiellen und formalen Gründen dagegen, zumal er für die Lehrpläne zuständig sei. Der Grosse Rat erklärt die Motion trotzdem mit 71 zu 49 Stimmen für erheblich. Wie reagiert der Regierungsrat? Er sagt sofort, er habe die klare Botschaft verstanden. Er werde den neuen Lehrplan ohne Frühfranzösisch erarbeiten. Und er vertritt diese Haltung seither trotz nationalem Aufschrei beharrlich.

Das meinen wir, wenn wir sagen, der Stadtrat habe das Volk und die Volksvertretung ernst zu nehmen. Da wir zu diesem Geschäft keine Kommission bestellt hatten, hat der Stadtrat nun im Gespräch mit den Motionären eine Lösung zu suchen, die dem Motionsauftrag und dem Willen des Parlaments entspricht.

Darum ist es naheliegend, das Geschäft an den Stadtrat zurückzuweisen.

Riquet Heller, FDP: Auftrags meiner Fraktion stelle ich ihnen den Antrag, von der Bestellung der Fachkommission Verkehr durch den Stadtrat Kenntnis zu nehmen und die von unserem Rat erheblich erklärte Motion unseres Ratsmitglieds, Peter Gubser, im Sinne des Antrags des Stadtrats als erledigt zu erklären.

Zur Begründung trage ich Ihnen namens meiner Fraktion zweierlei vor:

1. Es ist nun einmal so, dass gemäss Art. 43 Abs. 1. Satz unserer Gemeindeordnung eine Fachkommission vom Stadtrat und nicht vom Stadtparlament gewählt wird.

Kommt dazu, dass die Fachkommissionen gemäss Art. 43 Abs. 2 in der Regel von einem Stadtratsmitglied präsidiert werden sollte. Sollte der Stadtrat bei der Wahl der Mitglieder der Verkehrskommission nicht gemäss dem 2. Satz von Art. 43 Abs. 1 vorgegangen sein, nämlich, dass er bei der Zusammensetzung von Fachkommissionen unterschiedliche Interessen und Ansichten zu berücksichtigen habe, so sind wir als Parlamentsmitglieder nicht dazu berufen, dies zu korrigieren, namentlich nicht dann, wenn der Stadtrat in oder noch in seinem Ermessen gehandelt hat. Nur weil einer Mehrheit von uns Parlamentsmitgliedern die Wahl des Stadtrats nicht passt, reicht das allein nicht aus, um irgendeine Änderung dieser Wahl vorzunehmen. Selbst dann, wenn dem Stadtrat eine krasse und klare Missachtung von Satz 2 des Art. 43 Abs. 1 Gemeindeordnung vorzuwerfen wäre, was nicht der Fall ist, wären wir Parlamentsmitglieder immer noch nicht dazu berufen, dies zu korrigieren. Dies wäre mittels einer Aufsichtsbeschwerde beim Departement geltend zu machen.

Dann noch ein zweites Argument, ein praktisches, weniger ein formelles. Gemäss Art. 43 Abs. 3 der Gemeindeordnung endet die Amtszeit von Fachkommissionen spätestens mit Ablauf der Amtszeit. Das heisst, aktuell endet die Amtszeit dieser Mitglieder der Verkehrskommission am 1. Juni 2015; das heisst, in drei Monaten. Wollen wir für diese kurze Zeit noch ein grosses Geschrei machen? Meine Fraktion meint nein. Zudem wird der Motionär Gubser als neuer Stadtrat die neuen Mitglieder der Fachkommission Verkehr mitbestimmen können. Vielleicht wird er gar Präsident dieser Kommission. Und dann wird ja eh alles in Butter sein.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, die Wahlen haben gezeigt, dass es in gezielten Fällen von der Bevölkerung geradezu gewünscht wird, den Formellen herauszuhängen, um in Arbon endlich wieder Ruhe einkehren zu lassen, worauf wir wieder Potential haben, dass wir uns den tatsächlichen Problemen unserer Stadt zuwenden können und dort unsere Pflicht und Schuldigkeit gegenüber der Bevölkerung erfüllen. Gegen Filibuster und das Aufbauschen von vermeintlichen Skandalen darf man sich sehr wohl auf das Recht berufen und Ruhe erzwingen.

Sodann noch eine Bemerkung zu meinem Sohn und zu Andrea Vonlanthen. Er hat behauptet, mein Sohn, die Exekutive setze sich über die Legislative hinweg. Das Gegenteil versuchen wir. Es ist das Parlament, das sich über die Kompetenz des gewählten Stadtrats hinwegsetzen will. Auch sie, diese fünf Leute dort oben sind genauso vom Volk gewählt wie wir auch. Sodann ist offensichtlich die Meinung der SVP, dass der Volkswille jederzeit sofort durchgesetzt werden kann, gegen Verfassung und gegen gesetztes Recht, auch wenn diese Verfassung, dieses Recht vom Volk abgesegnet worden ist. In der Staatskunde gibt es dafür einen Begriff, wie man als Volksvertreter sofort wiederum eingreifen in die Exekutive und Geschäfte im Sinne des Volkes, sofort wieder abändern kann. Es heisst Sowjet-System, „Räte-System“. Ich glaube, das ist nicht die ideologische Verwandtschaft der SVP.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Ich darf noch die Meinung der CVP/EVP-Fraktion sagen: Sie ist einhellig. Nach den ersten beiden Vorrednern, ein wirklich wahres, knalliges Gewitter, müssen wir wirklich wieder auf den Boden der Realität zurückkommen. Einmal hatten wir eine Verkehrskommission in Arbon, wurde aufgelöst, jetzt soll sie wieder errichtet werden. Man darf fragen, was ist der Zweck einer Kommission? Das ist ganz klar. Wir haben ein Verkehrsproblem in Arbon und wir wollen auch die Praktiker, die davon betroffen sind, eben mit einbeziehen, damit die richtigen Entscheidungen getroffen werden können. Darum ist es richtig, dass man eine Kommission macht. Es ist aber auch richtig, was der Stadtrat gesagt hat, dass wir jetzt das Geschäft abschreiben. Wir können noch jahrelang die Geschäfte hin- und zurückschieben. Der Stadtrat schiebt es dann wieder ins Parlament, wir schieben es dann wieder zum Stadtrat. In dieser Frage aber, sind wir einfach nicht zuständig. Das ist die Sache des Stadtrats. Wir können Anträge wünschen, wir können Vorschläge machen, umsetzen muss es hier der Stadtrat. Es wurde auch richtig gesagt, Peter Gubser, du bist nachher im Stadtrat. Ich weiss nicht, was du dann als Stadtrat sagst, wenn du dem Parlament aufzeigen musst, dass wir für diese Fragen nicht zuständig sind. Sonst müssten wir neue Vorstösse da im Parlament vorbringen. Wir sind aber ganz klar der Meinung, eine parlamentarische Kommission kommt da gar nicht in Frage.

Hier müssen die richtigen Praktiker in die Kommission herein. Wir hoffen, und davon gehen wir aus, der Stadtrat nimmt diese Anträge dann, die gestellt werden, und diese Kommissionsarbeiten auch ernst und setzt sie um. Da kann man durchaus über Zusammensetzung und Auftragsteilung sprechen. Wenn ich an die heutige Situation denke, nur schon für Fussgänger, Velofahrer, ist das nicht optimal gelöst in Arbon, teilweise sogar gefährlich. Da kann man durchaus neue Ideen einbringen. Das aber soll diese Kommission, zusammen mit dem Stadtrat, machen. Ich hoffe und gehe davon aus, das traue ich dem Stadtrat absolut zu, dass diese Kommission gut bestückt, bestellt wird und die Anträge dann auch ernst genommen werden.

Der Stadtrat ist eben auch ein bisschen Legislative. Er hat Kompetenzen, die dem Parlament ähnlich sind, nur im viel tieferen Bereich. Der Stadtrat hat Finanzkompetenzen und eben Fachkompetenzen, diese Fachkommission (alleine, ohne Parlament) zu bestellen. Deshalb schreiben wir (das Parlament) dieses Geschäft ab. Schauen wir nach vorne. Ich wünsche, dass diese Verkehrskommission gute Lösungen bewirkt. Ich denke, in diesem Parlament, werden wir das Thema "Verkehr" ohnehin noch x-mal diskutieren, da die neue NLK weiterhin Fragen und Anregungen aufwerfen wird, so dass das Parlament genügend Zeit und Gelegenheit haben wird, mitzureden.

Stadtammann Andreas Balg: Ich bitte sie um ein pragmatisches Vorgehen. Die Kommission muss neu bestellt werden. Vertrauen sie auf den Einfluss von Peter Gubser. Ich denke, einen Platz können wir ihm zusprechen in der ganzen Kommission, dass er mitbestimmen kann. Beenden sie eine weitere Odyssee in unserer Zusammenarbeit. Vielen Dank.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen sind, stimmen wir über den Antrag des Stadtrates ab.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Zuerst muss über den Antrag von Felix Heller, SP-Gewerkschaften Juso auf Rückweisung an den Stadtrat abgestimmt werden.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Mir fehlt dieser schriftliche Antrag.

Somit stimmen wir über den Antrag auf Rückweisung des Geschäftes an den Stadtrat von Felix Heller ab.

://: **Dem Antrag von Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso, das Geschäft an den Stadtrat zurückzuweisen, wird mit 16 zu 11 Stimmen zugestimmt.**

Das Geschäft wird zurückgewiesen an den Stadtrat.

4. Fragerunde

Präsidentin Christine Schuhwerk: Vorab wurde eine Frage von Luzi Schmid, CVP/EVP betreffend Medienmitteilung „Arbeit intensiviert die frühe Förderung“ eingereicht.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Am 19. Februar wurden wir Parlamentarier mit der Medienmitteilung "Arbon intensiviert die frühe Förderung" bedient. Auf der Arboner Homepage ist in der Zwischenzeit diese Presseerläuterung textlich und inhaltlich leicht abgeändert worden und heisst nun neu "Kinder früher fördern, Eltern aktiv einbeziehen".

Es geht dabei um nicht weniger als um die Integration von schlecht deutsch sprechenden Kindern, wobei die Eltern, wie geschrieben wird und wie es heisst, "nicht zusätzlich belastet werden", obwohl von jährlichen neuen Kosten von Fr. 75'000.-- ausgegangen wird. Dieses Zusatzangebot ist auf vier Jahre beschränkt. Eine Weiterführung soll von den Ergebnissen der Evaluation abhängen, wie es in der Mitteilung weiter heisst.

Meine Fragen zu dieser Pressemitteilung an den Stadtrat:

Bezahlt die Stadt diese Kosten von mindestens Fr. 75'000.-- selber? Wäre das nicht ureigene Aufgabe der Primarschulgemeinde oder anderer Organisationen und wie werden Effizienz sowie Sinn und Zweck dieses Zusatzprojektes oder eben die Ergebnisse der Evaluation seitens der Stadt überwacht, beurteilt und mit dem Projektteam aufgearbeitet? Wenn die Stadt die ganzen Fr. 75'000.-- übernehmen muss, frage ich mich auch, ob die Kompetenz vom Stadtrat nicht überschritten ist, weil es heisst: Wiederkehrende Ausgaben über Fr. 30'000.--, müssen dem Parlament vorgelegt werden.

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Frühe Förderung ist eine klassische Verbundaufgabe von Schule und Gemeinde, an der Nahtstelle zwischen Schule und Elternhaus. Die Sicherstellung einer angemessenen Betreuung von Kindern und Jugendlichen ist Teil des gesetzlichen Auftrags an die Gemeinden.

Da in Arbon dieser „Service public“ von 2 Körperschaften der öffentlichen Hand - der Schulgemeinden einerseits und der politischen Gemeinde andererseits getragen wird, orientieren wir uns am Grundsatz, wonach die schulische Betreuung Aufgabe der Schulgemeinden, die ausserschulische Betreuung Aufgabe der politischen Gemeinde ist, mit den entsprechenden Finanzierungskonsequenzen. Und da gibt es zwangsläufig Überschneidungen, bei denen situativ eine Lösung unter den beiden Trägerschaften gefunden werden muss.

Den unübersehbaren Veränderungen des gesellschaftspolitischen Umfelds, Stichworte: Mobilität, freier Personenverkehr, aber auch die Veränderungen im Zusammenhang mit dem Fortschritt der Informationstechnologie, dem kann sich die öffentliche Hand in ihrem Förderauftrag nicht entziehen. Es gilt daher, die Mittel und Massnahmen von Zeit zu Zeit auf ihre Zweckmässigkeit zu prüfen und vorausschauend neue Wege auszuloten.

Aus diesem Grunde hat der Stadtrat mit Interesse vom Programm der „Jacobs Foundation“ Kenntnis genommen und in Abstimmung mit der Primarschulbehörde einem 4-jährigen Pilotprogramm zugestimmt.

Zu Ihren Fragen im Einzelnen:

- Die Programmkkosten der 4 Jahre belaufen sich auf insgesamt Fr. 277'000.--. An diese Gesamtkosten leistet die Jacobs Foundation Fr. 80'000.-- und der Kanton Fr. 90'000.--. Die verbleibenden Fr. 107'000.-- werden von der PSG und der Stadt Arbon je hälftig getragen, was für die Stadt einen jährlichen Betrag von rund Fr. 13'400.--, mal vier, ausmacht.
- Die hälftige Aufteilung macht aus verschiedenen Gesichtspunkten Sinn:
 - o Für die politische Gemeinde liegt der Vorteil in der Erleichterung der gesellschaftlichen und sozialen Integration.
 - o Für die Schulgemeinde bedeutet eine gute vorschulische Vorbereitung eine Erleichterung in der Erfüllung ihres Kernauftrages.
 - o Insgesamt gesehen handelt es sich, wie bereits erwähnt, um eine klassische Verbundaufgabe. Wenn Kinder erfolgreich sind in ihrer schulischen Laufbahn, profitiert die Gesellschaft als Ganzes.
 - o Da beide Leistungsträger öffentlichrechtliche Körperschaften mit deckungsgleichem Einzugsgebiet darstellen, gerät die Frage der Kostenbeteiligung für die Steuerzahler in den Hintergrund.
- Mit der Durchführung und Überwachung des Projekts ist eine Steuerungsgruppe eingesetzt, mit Vertretungen aus Stadt, PSG, der Spielgruppe und der HEKS.
- Verbunden mit den Beiträgen der Jacobs Foundation und des Kantons ist eine differenzierte Berichterstattung gegenüber den Geldgebern.
- Die Auswertung wird von der Jacobs Foundation mit der Fachhochschule in Zusammenarbeit mit dem schweizerischen Projekt für Bildungslandschaften geleitet.

Die Beteiligten werden laufend über die Erkenntnisse der Arbeit informiert. Der Stadtrat wird sie, meine Damen und Herren, gerne darüber auf dem Laufenden halten.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Sind noch mündliche Fragen?

5. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtammann Andreas Balg: Ich habe fünf Punkte, beziehungsweise fünfeinhalf mitgebracht.

– Die erste Information bezieht sich auf die Entwicklung in der Stadtmitte und Bushof: Wir sind hier zwar einmal einen weiteren Schritt weitergekommen. Das heisst: Das Kaufrecht für die beiden Chalethäuser wurde, zur Erleichterung der beiden Hausbesitzer, von Vögele Immobilien ausgeübt. Damit ist der Weg frei für die abschliessenden Verhandlungen bezüglich Bushof und Neuparzellierung der Stadtmitte, zwischen Vögele Immobilien und der Stadt. Diese Verhandlungen gestalten sich allerdings nach wie vor anspruchsvoll. Einen Zeitpunkt für den Baubeginn des Bushof, kann ich daher leider noch nicht nennen.

– Die zweite Information bezieht sich auf das Projekt Lebensraum Altstadt / Verkehrsführung und Gestaltung:

Die Verkehrsführung und die Gestaltung von Haupt- und Promenadenstrasse betrachten wir als Einheit. Zur Verkehrsführung wurde Aufsichtsbeschwerde beim Kanton eingereicht. Dazu werde ich im Moment nichts Weiteres sagen. Das Bauprojekt ist in Bearbeitung. Die Details zeigen sich wie folgt:

Gestern wurde der Stadtrat über das Bauprojekt vorinformiert. Ende Monat findet die Abschlussbesprechung mit der Begleitgruppe statt. Im April werden Verkehrszahlen erhoben und das Bauprojekt fertiggestellt. Im Mai wird dem Stadtrat das Bauprojekt zur Genehmigung vorgelegt. Im Juni soll das Auflageprojekt fertiggestellt werden. Nach der öffentlichen Infoveranstaltung, heute geplant 15. Juni ist die Auflage.

– Eine Information zu unseren Veranstaltungen:

Bernhard Bertelmann hat an der letzten Parlamentssitzung seine Frage zum Thema „Keine Ökostromprodukte mehr im Angebot der Arbon Energie AG“ zurückgezogen. Dies, weil ich ihm angeboten hatte, dass ich mir vorstelle, zum Thema „Energiepolitik der Stadt und die Vorstellung der Produkte und Dienstleistungen der Arbon Energie“ eine separate Veranstaltung zu machen. Diese Veranstaltung findet nun am 16. April, 19:00 statt. Die Einladung dazu sollten sie heute per Mail erhalten haben.

Unsere Absicht ist es, auch die interessierte Öffentlichkeit einzuladen. Eine entsprechende Anzeige wird ca. 10 Tage vor der Veranstaltung publiziert.

– Information Reorganisation Stadtplanung – Stadtentwicklung – Kommunikation & Marketing

Nachdem die Stelleninhaberin Stadtentwicklung und Kommunikation seit drei Monaten im Krankenstand ist und nach wie vor unklar ist, ob sie wieder an den Arbeitsplatz zurückkehrt, hat der Stadtrat an seiner gestrigen Sitzung die Besetzung einer neuen Stelle Kommunikation und Marketing 60 – 80 Prozent beschlossen. Diese wird nächstens ausgeschrieben.

Als Sofortmassnahme haben wir bereits im Dezember laufende Projekte und Aufgaben übergeben oder sistiert. Zusätzlich haben wir die aktuelle Organisation überprüft und der Stadtrat hat am 16. Februar die strukturelle Reorganisation der Aufgabenbereiche Stadtplanung, Stadtentwicklung, Kommunikation und Stadtmarketing beschlossen. Insgesamt resultiert aus dieser organisatorischen Anpassung letztlich eine Reduktion des Stellenetats von 20 – 40 Prozent.

Die Aufgaben im Bereich Kommunikation und Marketing werden bis zur Besetzung der Stelle weiterhin intern durch das Sekretariat des Präsidiums koordiniert und extern durch die Pinax AG unterstützt. Besten Dank an dieser Stelle an alle Mitarbeiter der Verwaltung, die mithelfen und bereit sind, zusätzliche Arbeiten zu übernehmen und hier Unterstützung zu leisten.

- Die fünfte Information betrifft den Gestaltungsplan Seegarten:

Der Stadtrat hat, ebenfalls gestern, den Gestaltungsplan Seegarten genehmigt. Im Perimeter Seegarten kommen in naher Zukunft zwei Projekte zur Auflage. Neben dem Gestaltungsplan ist dies das Bauprojekt für einen grösseren Velo-Unterstand für die Bahnkunden an der Haltestelle Seemoosriet.

Als Vorinformation zu verstehen: Aktuell bereiten wir die Voraussetzungen für Parkplätze beim Hotel Seegarten vor. Dieses Projekt muss auf Grund der Dimensionen vom Parlament genehmigt werden und wird ihnen noch vorgelegt.

- Der letzte Punkt betrifft die sehr gute Arbeit des Wahlbüros

Kompliment und Dank dem Wahlbüro und allen Helfern. Die Kanzlei unter der Führung von Frau Schnyder und Frau Hertach hat zu Recht den Felix der Woche erhalten!

Damit habe ich geschlossen!

Präsidentin Christine Schuhwerk: Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder, Vertreter der Medien, es war heute eine schlanke Sitzung. Die letzte Sitzung der Legislatur 2011-2015 und zugleich die 1. Sitzung der neuen Legislatur 2015-2019 findet am 12. Mai 2015 um 19.00 Uhr statt mit den Verabschiedungen und Begrüssungen von neuen Parlamentsmitgliedern.

Schön wäre es, wenn wir uns alle, Besucherinnen und Besucher, Stadtrats- und Parlamentsmitglieder heute Abend zu einen Glas Wein und gutem Gedankenaustausch im Foyer treffen könnten. Ich bedanke mich im Namen aller für ihr Kommen, ihr Interesse und wünsche ihnen anschliessend ein gutes Nachhausekommen.

Wir treffen uns zur konstituierenden Parlamentssitzung am 12. Mai 2015 um 19.00 Uhr.

Schluss der Sitzung um 20.45 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Die Parlamentspräsidentin:

Christine Schuhwerk

Die Parlamentssekretärin:

Evelyne Jung